

**Kleine Anfrage**

Robert Lambrou (AfD), Volker Richter (AfD), Gerhard Bärsch (AfD), Arno Enners (AfD), Sandra Weegels (AfD), Pascal Schleich (AfD), Christian Rohde (AfD), Bernd Erich Vohl (AfD)

Bezahlkarten-Missbrauch – Sanktionen für Tauschbörsen und Wechselstuben lassen auf sich warten**Vorbemerkung Fragesteller:**

Die Bezahlkarte für Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz soll Bargeldauszahlungen begrenzen, Auslandsüberweisungen erschweren und den Vollzug der Leistungsgewährung vereinheitlichen. Dieser Zweck wird zunehmend durch Tauschbörsen und Wechselstuben unterlaufen, bei denen Asylbewerber mit der Bezahlkarte erworbene Gutscheine in Bargeld tauschen lassen.

Berichteten im Dezember 2024 Medien zunächst über Ankündigungen von ersten Wechselstuben in hessischen Städten, berichtete die FAZ im Juni 2025 bereits von mehreren Orten wie Wiesbaden, Kassel, Gießen, Darmstadt, dem Main-Taunus-Kreis und Witzenhausen, an denen solche Tauschbörsen existierten oder kurz bevorstanden.

Die Hessische Landesregierung hat in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage vom 31. März 2026 (Drucksache 21/3690) zu Tauschbörsen ausgeführt, dass ihr keine Informationen zu relevanten oder gar flächendeckenden Vorgängen bezüglich sogenannter Tauschbörsen vorlägen und abzuwarten sei, ob es zu einer bundeseinheitlichen Regelung komme und wie diese ausgestaltet werde. Auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion vom 13.10.2025 hat die Bundesregierung auf die Vereinbarung des Koalitionsvertrages verwiesen, wonach die Bezahlkarte deutschlandweit zum Einsatz kommt und ihre Umgehung beendet werden soll (Bundestagsdrucksache 21/2194).

Am 26. Mai 2026 hat die BILD berichtet, dass eine einheitliche und bundesweite Regelung zur Bezahlkarte, die den Missbrauch der Bezahlkarte durch Wechselstuben unter Strafe stellen sollte, von der SPD nicht unterstützt wird (<https://www.bild.de/politik/inland/naechste-spd-blockade-bringt-cdu-in-rage-es-geht-um-betrug-mit-der-bezahlkarte-6a13fd490c38ecf8d88c098a>).

Wir fragen die Landesregierung:

1. Unterstützt Sozialministerin Heike Hofmann (SPD) das Anliegen, das Unterlaufen des Zwecks der Bezahlkarte durch Tauschbörsen und Wechselstuben unter Strafe zu stellen?
2. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung seit ihrer Antwort vom 31. März 2026 zu Anzahl, Anbietern, Orten und Umsätzen sogenannter Tauschbörsen, Wechselstuben oder vergleichbaren Umtauschmodellen im Zusammenhang mit der Bezahlkarte in Hessen vor? (Bitte die Anzahl der Wechselstuben bzw. Tauschbörsen in den jeweiligen Kommunen benennen).
3. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung zu dem im BILD-Bericht vom 26. Mai 2026 genannten Vorbereitungstreffen der Chefs der Staatskanzleien und was sind die Inhalte der genannten Beschlussvorlage zur einheitlichen Einführung der Bezahlkarte?

4. Welche gemeinsame Position vertritt die Landesregierung zu einer einheitlichen bundesweiten gesetzlichen Regelung zur Bezahlkarte, die u. a. das Betreiben von Tauschbörsen bzw. Wechselstuben sanktionieren soll?
5. Welche Initiativen hat die Landesregierung seit dem 31. März 2026 ergriffen, um eine bundeseinheitliche Regelung gegen Umgehungen der Bezahlkarte zu erreichen, insbesondere über Bundesrat, Ministerpräsidentenkonferenz, Fachministerkonferenzen oder Ressortabstimmungen?
6. Welche rechtlichen, insbesondere auch gesetzgeberischen, Handlungsmöglichkeiten hat die Landesregierung, öffentlich geförderte Träger oder Einrichtungen, die Tauschbörsen betreiben, bewerben, dulden oder organisatorisch unterstützen, die Förderung zu entziehen?
7. In welcher Form wird der AStA der Technischen Universität Darmstadt durch das Land Hessen aus öffentlichen Mittel gefördert, und beabsichtigt die Landesregierung, eine solche Förderung wegen des Betriebes einer Wechselstube einzustellen? (Bitte die Höhe der Förderungen für das Jahr 2025 und die für 2026 geplanten Förderungen benennen).
8. Welche technischen Möglichkeiten wurden seit dem 31. März 2026 mit dem Betreiber der Bezahlkarte oder anderen beteiligten Dienstleistern geprüft, um den Erwerb bestimmter Gutscheine, bestimmte Händlergruppen, SEPA-Funktionen, Lastschriften oder sonstige Umgehungswege einzuschränken?
9. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung, falls bis zu einem absehbaren Zeitpunkt keine bundeseinheitliche Regelung in Kraft tritt, um Erkenntnisse über Tauschbörsen und Wechselstuben in Hessen systematisch zu erfassen und Missbrauchsrisiken rechtssicher zu begegnen?

Wiesbaden, 22. Juni 2026



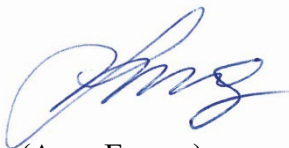
(Robert Lambrou)



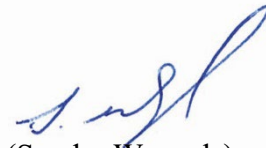
(Volker Richter)



(Gerhard Bärsch)



(Arno Enners)



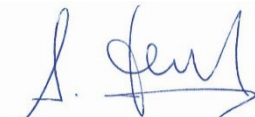
(Sandra Weegels)



(Pascal Schleich)



(Christian Rohde)



(Bernd Erich Vohl)